

2016

# **Bericht zur Wirkungsorientierung 2015**

gemäß § 68 (5) BHG 2013 iVm. § 7 (5)  
Wirkungscontrollingverordnung

**Bundesministerium für Inneres**  
**UG 11**



## **Impressum**

*Medieninhaberin, Verlegerin und Herausgeberin:*

Bundeskanzleramt Österreich  
Sektion III – Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation  
Sektionschefin Mag.<sup>a</sup> Angelika Flatz  
Hohenstaufengasse 3, 1010 Wien

*Redaktion und Gesamtumsetzung:* Abteilung III/9 (Mag.<sup>a</sup> Ursula Rosenbichler)

*Grafik:* lektion Grafik & Web development

*Fotonachweis:* BKA / Regina Aigner (Cover)

*Gestaltung:* BKA Design & Grafik

*Druck:* AV+Astoria Druckzentrum GmbH.

Wien, Oktober 2016

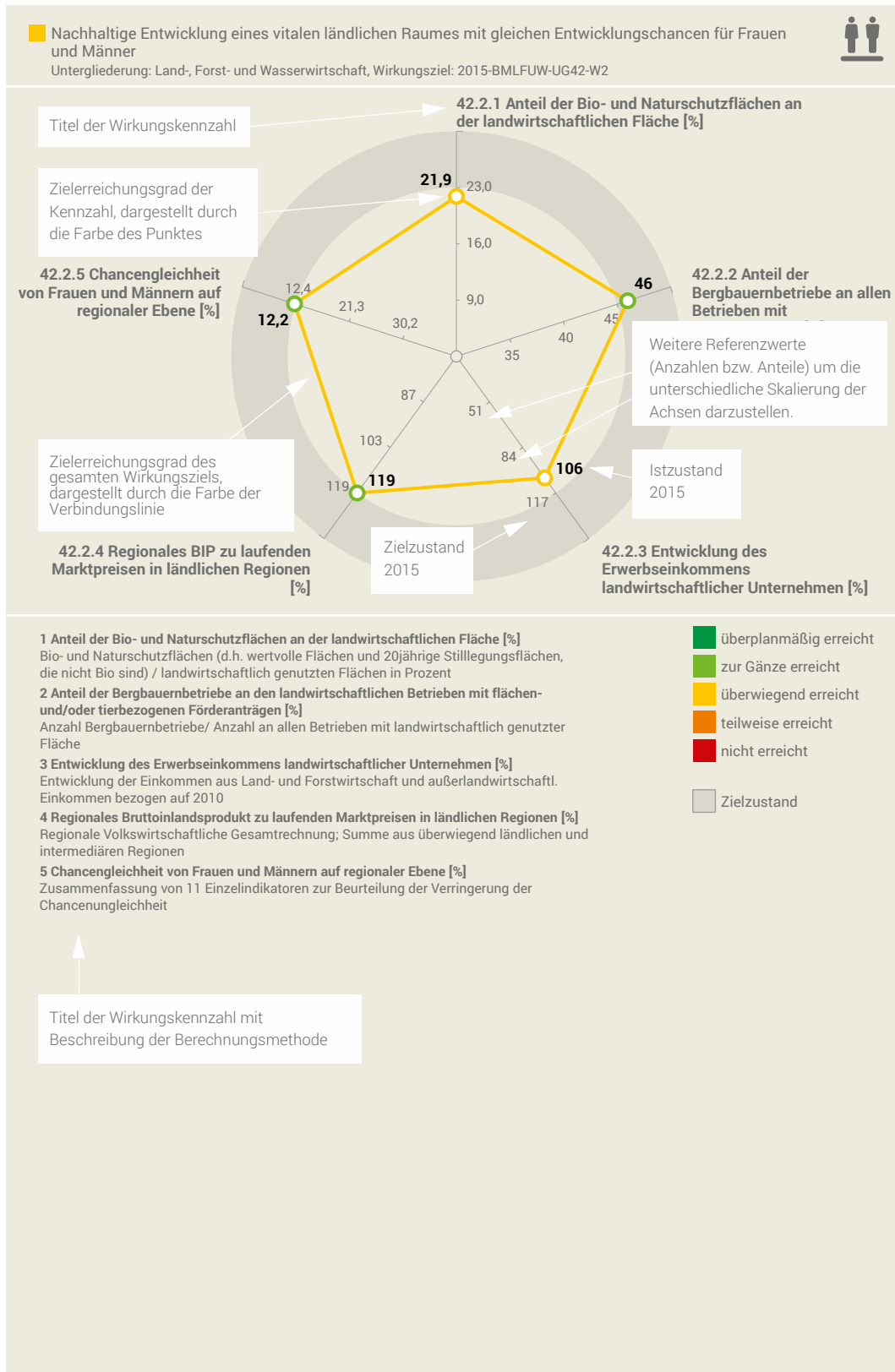
*Copyright und Haftung:*

Auszugsweiser Abdruck ist nur mit Quellenangabe gestattet, alle sonstigen Rechte sind vorbehalten. Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Publikation trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Bundeskanzleramtes und der Autorin/des Autors ausgeschlossen ist. Rechtausführungen stellen die unverbindliche Meinung der Autorin/des Autors dar und können der Rechtssprechung der unabhängigen Gerichte keinesfalls vorgehen.

*Rückmeldungen:*

Ihre Überlegungen zu vorliegender Publikation übermitteln Sie bitte an: [iii9@bka.gv.at](mailto:iii9@bka.gv.at)

## Lesehilfe und Legende



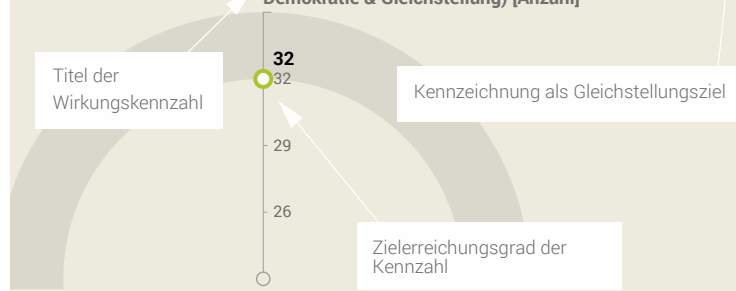
■ Unterstützung / Sensibilisierung für die Bedeutung demokratischer Prozesse, sozialer Ausgewogenheit und Gleichstellung von Frauen und Männern

Untergliederung: Präsidialkanzlei, Wirkungsziel: 2015-PrK-UG01-W2



1.2.1 Veranstaltungen (Sensibilisierung Demokratie & Gleichstellung) [Anzahl]

Zielerreichungsgrad des gesamten Wirkungsziels (Darstellung bei einachsigen Charts)  
Diese kann von der Zielerreichung der Kennzahl (Farbe des Punktes) auch bei einachsigen Charts abweichen (aufgrund von zusätzlichen Erkenntnissen die, das Ressort in seine Beurteilung einfließen lässt).



s Bundespräsidenten in der Präsidialkanzlei  
(, Tag der offenen Tür etc.) und öffentliche Termine

Erfassung der Anzahl der einschlägigen Veranstaltungen und öffentlichen Termine

- überplanmäßig erreicht
- zur Gänze erreicht
- überwiegend erreicht
- teilweise erreicht
- nicht erreicht
- Zielzustand

Legende zur farblichen Darstellung der Zielerreichung einzelner Kennzahlen und des gesamten Wirkungsziels

# Bundesministerium für Inneres

## UG 11 Inneres

### Legende Zielerreichungsgrade

überplanmäßig erreicht

zur Gänze erreicht

überwiegend erreicht

teilweise erreicht

nicht erreicht

keine Bewertung verfügbar

---

---

## Leitbild der Untergliederung

Wir tragen dazu bei, Österreich zum sichersten Land der Welt zu machen. Wir bieten den Menschen Sicherheit, Hilfe und Dienstleistungen der staatlichen Verwaltung. Unsere Kernleistungen in den Bereichen öffentliche Ordnung und Sicherheit, bedarfsorientierte Zuwanderung und Asyl sind ein maßgeblicher Beitrag zu Freiheit, Wohlstand und sozialem Frieden.

---

## Weiterführende Hinweise

### Bundesfinanzgesetz 2015

[https://service.bmf.gv.at/BUDGET/Budgets/2014\\_2015/bfg2015/Bundesfinanzgesetz\\_2015.pdf](https://service.bmf.gv.at/BUDGET/Budgets/2014_2015/bfg2015/Bundesfinanzgesetz_2015.pdf)

### Strategiebericht zum Bundesfinanzrahmengesetz 2015–2018

[https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht\\_2015-2018.pdf?5b0usy](https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2015-2018.pdf?5b0usy)

### Bundesministerium für Inneres

<http://www.bmi.gv.at>

### Ressortstrategie des BM.I INNEN.SICHER

<http://www.innensicher.at/>

### OECD – Better Life Index

<http://www.oecdbetterlifeindex.org/>

### Kriminalstatistik

[http://www.bmi.gv.at/cms/BK/publikationen/krim\\_statistik/start.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BK/publikationen/krim_statistik/start.aspx)

### Asylstatistiken

[http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_Asylwesen/statistik/start.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/start.aspx)

### Niederlassung und Aufenthalt

[http://www.bmi.gv.at/cms/bmi\\_niederlassung/](http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_niederlassung/)

### Rot-Weiß-Rot – Karte

<http://www.migration.gv.at/de/formen-der-zuwanderung/dauerhafte-zuwanderung-rot-weiss-rot-karte.html>

### Bundeskriminalamt

[http://www.bmi.gv.at/cms/bk/\\_news/start.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/bk/_news/start.aspx)

### Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl

<http://www.bfa.gv.at/>

### E-Government – Zentrales Melderegister

[http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_ZMR/](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_ZMR/)

### **E-Government – Zentrales Personenstandsregister**

[http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_Service/zpr/start.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Service/zpr/start.aspx)

### **Gewaltschutzzentren**

<http://www.gewaltschutzzentrum.at/>

### **Agentur der Europäischen Union für Grundrechte**

<http://fra.europa.eu/de>

### **Statistik Austria: Informationsgesellschaft**

[http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/energie\\_umwelt\\_innovation\\_mobilitaet/informationsgesellschaft/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_umwelt_innovation_mobilitaet/informationsgesellschaft/index.html)

### **BM.I: GEMEINSAM.SICHER**

[http://www.bmi.gv.at/cms/bmi/\\_news/bmi.aspx?id=7054697230425A556253493D&page=0&view=1](http://www.bmi.gv.at/cms/bmi/_news/bmi.aspx?id=7054697230425A556253493D&page=0&view=1)

### **BM.I: Aus- und Fortbildung**

[http://www.bmi.gv.at/cms/bmi\\_siak/](http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_siak/)

### **Bundeskriminalamt: Meldestellen**

<http://www.bmi.gv.at/cms/bk/meldestellen/>

### **BM.I: Projekt »Moderne Polizei«**

[http://www.bmi.gv.at/cms/bmi/moderne\\_polizei/](http://www.bmi.gv.at/cms/bmi/moderne_polizei/)

### **Landespolizeidirektionen**

<http://www.polizei.gv.at/>

### **Bundeskriminalamt: Jahresberichte Cyber-Crime**

<http://www.bmi.gv.at/cms/BK/publikationen/Cybercrime.aspx>

### **Bundeskriminalamt: Kriminalprävention**

[http://www.bmi.gv.at/cms/BK/praevention\\_neu/start.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BK/praevention_neu/start.aspx)

---

## **Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung**

2015 war ein äußerst forderndes und schwieriges Jahr für das BM.I. Österreich war auf Grund der dramatischen Situation in Syrien, im Irak und anderer internationaler Krisenherde mit der größten Migrations- und Flüchtlingskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs konfrontiert. Die enorm gestiegenen Migrationsbewegungen aus dem Nahen und Mittleren Osten und aus Afrika stellen zentrale Herausforderungen für Europa und Österreich dar. Die sehr stark gestiegene Zahl der Asylanträge sowie die hohe Anzahl von Transitmigranten brachten die personellen und budgetären Kapazitäten an ihre Grenzen. Bei den Asylanträgen verzeichnete das BM.I eine Verdreifachung gegenüber 2014 auf an die 90.000 und erhöhte sich die Zahl der Grundversorgten von 31.000 zu Beginn auf 78.000 Ende des Jahres. Gleichzeitig sind zwischen September und Dezember rund 676.000 Aufgriffe von Transitmigranten in Österreich gezählt worden. Ziel dieser Menschen war in den meisten Fällen Deutschland. Österreich hat

daher zu dem im Schengen Grenzkodex vorgesehenen Instrument der Einreise aus humanitären Gründen gegriffen und für eine sichere Durchreise der Transitmigranten bei Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit gesorgt.

Angesichts der dramatischen Entwicklung bei den Flüchtlingszahlen war das zweite Jahr für das 2014 gegründete Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) von außerordentlichen Herausforderungen geprägt. Im Zeitraum von 1. Jänner bis 31. Dezember 2015 hat das BFA insgesamt 85.010 Entscheidungen getroffen, davon 41.312 im Asylbereich und 43.698 im Bereich des Fremdenrechts. Trotz dieser schwierigen internationalen Situation konnten im Bereich des Vollzugs die Zielvorgaben weitgehend erreicht werden. Auch die Anzahl der freiwilligen Ausreisen konnte gegenüber 2014 deutlich auf über 5.150 gesteigert werden. Es muss aber festgehalten werden, dass das Asylwesen und das System der Grundversorgung durch den Migrationsstrom 2015 mittelfristig stark belastet und die Auswirkungen weit über das Jahr 2015 hinaus spürbar sein werden.

Erfolge konnten 2015 in der Kriminalitätsbekämpfung verzeichnet werden: Im Zehn-Jahres-Rückblick wurden noch nie so wenig Anzeigen in Österreich erstattet wie im Jahr 2015. Im langfristigen Vergleich ist der Abwärtstrend deutlich erkennbar: Wurden 2006 noch über 588.000 Fälle angezeigt, so ist die Gesamtzahl im Jahr 2015 auf exakt 517.870 Anzeigen gesunken. Mit 44 Prozent konnte 2015 die höchste Aufklärungsquote der letzten zehn Jahre in Österreich erzielt werden. Im internationalen Vergleich der sichersten Länder der EU konnte das Ranking Österreichs 2015 um zwei Plätze auf den fünften Rang verbessert werden. Trotz rückläufiger Gesamtkriminalität ist das subjektive Sicherheitsgefühl 2015 etwas zurückgegangen. 88 % der Bevölkerung fühlen sich »sehr sicher« oder »eher sicher« (2014: 90 %).

Das Betretungsverbot ist nach wie vor ein wirksames polizeiliches Instrument zum Schutz von Frauen vor Gewalt im sozialen Naheverhältnis. Gefährder konnten zu über 92 % nachhaltig ferngehalten werden. Der Weg des BM.I bei der Zurückdrängung von Gewalt gegen Frauen, Minderjährige sowie Seniorinnen und Senioren auf Prävention zu setzen, konnte weiter erfolgreich beschritten werden, was die hohe Zahl an Teilnehmerinnen und Teilnehmern an zahlreichen Präventionsveranstaltungen der Polizei bestätigt.

Höhere Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger an die öffentliche Verwaltung sowie der technologische Fortschritt machen neue Formen des Informationstransfers und der Zusammenarbeit notwendig. Durch gezielte Projekte zu Formen der Bürgerbeteiligung und einer intensiveren Vernetzung im Bereich der Informationsbeschaffung konnten die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung integriert werden. Die zahlreichen Meldestellen des Bundeskriminalamts sind als wichtige Kanäle des Informationstransfers zwischen Ministerium und der Bevölkerung etabliert. Eine hohe Zufriedenheit der Bevölkerung mit zentralen Leistungen des BM.I wurde auch 2015 erreicht, die Informationskanäle über vom BM.I betriebene Homepages wieder stärker als im Vorjahr von der Bevölkerung genutzt. Polizeiarbeit kann präventiv nur in enger Zusammenarbeit mit anderen Akteuren erfolgreich sein. Bereits im Vorjahr wurde das Bürgerbeteiligungsprojekt »GEMEINSAM SICHER« (im BFG 2015: Ausbildung von Sicherheitsbürgern) angekündigt, das ab April 2016 mit einer Probephase in die Praxis umgesetzt wird. Ziel der Polizei ist es regelmäßig und anlasslos mit der Bevölkerung in Verbindung zu stehen, Sicherheit aus der Zusammenarbeit aller Betroffenen bzw. Zuständigen zu gewährleisten und auf Augenhöhe Anliegen und Informationen auszutauschen. Mittels eines geeigneten Maßnahmenpakets und punktgenauer Strategien soll rasch und adäquat auf neue Phänomene der Kriminalität reagiert werden.



Die Erfüllung des gesellschaftlichen Auftrags zur Stärkung des sozialen Friedens verlangt kompetente und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese brauchen eine effiziente und sachgerechte Organisation, um ihre Aufgaben effektiv erfüllen zu können. Im Mittelpunkt der Bemühungen des Ressorts standen daher die Konsolidierung der zentralen Aufgaben- und Arbeitsorganisation, die Erhöhung der Praxisorientierung in Aus- und Fortbildung, eine nachhaltige und moderne IT-Ausstattung sowie die effiziente Bereitstellung der Ressourcen. In vielen Bereichen konnte auch 2015 den Zielen entsprochen werden. Dennoch waren die außerordentlichen Belastungen des vergangenen Jahres nicht nur spür- sondern auch messbar. So konnte die Kennzahl zum Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht mehr an die hohen Werte der vergangenen Jahre anschließen. Das Innenministerium hat aber Vorsorge getroffen und wird mit Fokus auf die besonders belasteten Bereiche mehr Mittel gezielt investieren: Die Aufnahmeoffensive der vergangenen Jahre für die Polizei wird konsequent fortgesetzt. Noch 2016 werden 1.500 neue Polizistinnen und Polizisten aufgenommen, 750 davon für den unmittelbaren Grenzeinsatz mit einer sechsmonatigen Grundausbildung. Bis 2020 hat sich die Bundesregierung auf weitere 2.000 Neuaufnahmen für die Polizei geeinigt. Darüber hinaus wird es auch 250 zusätzliche Planstellen für die Verwaltung geben, um die Exekutive administrativ zu entlasten. Ganz zentral sind die 500 Neuaufnahmen für das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, damit die komplexen Verfahren mit ihren umfangreichen Erhebungen weiterhin konsequent und mit hoher Qualität abgearbeitet werden können.

---

## Wirkungsziel Nr. 1

Beibehaltung des hohen Niveaus der Inneren Sicherheit in Österreich, insbesondere durch Kriminalitätsbekämpfung, Terrorismusbekämpfung und Verkehrsüberwachung

### Umfeld des Wirkungsziels

Das instabile sicherheitspolitische Umfeld Europas stellt die innere Sicherheit der EU und Österreichs vor große Herausforderungen (nichtstaatliche Akteure, gescheiterte Staaten, Ungoverned Territories, Organisierte Kriminalität, transnationale Vernetzung verschiedenster krimineller und terroristischer Gruppierungen, Radikalisierung, Extremismus, Terrorismus, Foreign Terrorist Fighters, Cyber-Attacken, Massenmigration). Eine chronisch schwache Wirtschaft und hohe Arbeitslosigkeit stellen eine potenzielle Gefahr für den sozialen Frieden dar. Die aktuelle Flüchtlings- und Migrationskrise bringt das BM.I an seine rechtlichen, organisatorischen, personellen und budgetären Grenzen.

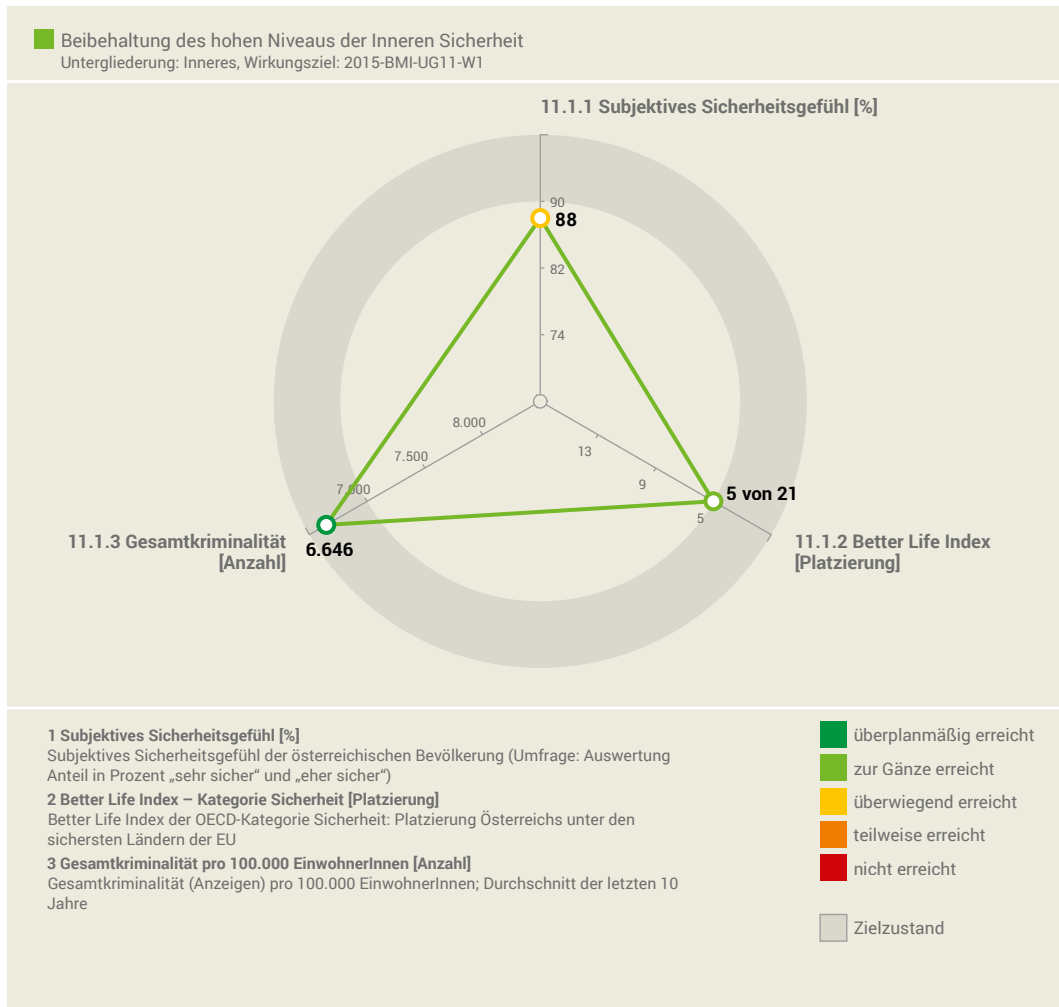
In der Folge von Krisen und Konflikten sind im europäischen Umfeld schwache Staaten entstanden, die nicht mehr in der Lage sind, ihren internationalen Verpflichtungen bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, der illegalen Migration und des transnationalen Terrorismus nachzukommen. Österreichs Sicherheit ist von den Auswirkungen der Krisen in seinem Umfeld massiv betroffen. Unkontrollierte Migrationsbewegungen haben zur größten Flüchtlings- und Migrationskrise seit dem Zweiten Weltkrieg geführt. Der politisch motivierte Extremismus, insbesondere die Radikalisierungs- und Rekrutierungsaktivitäten des islamistischen Extremismus und Terrorismus stellt höchste Anforderungen an den Staatsschutz. Cyber-Attacken können die kritischen Infrastrukturen schädigen und den Staat und die Gesellschaft gefährden.



[www.wirkungsmonitoring.gv.at/2015-BMI-UG-11-W0001.html](http://www.wirkungsmonitoring.gv.at/2015-BMI-UG-11-W0001.html)

Auf Grund des auch weiterhin hohen Wohlstandsniveaus und dem sich daraus ergebenden Wohlstandsgefälle bleiben Österreich, Deutschland und die Schweiz weiterhin Ziel von kriminellen Banden aus Ost- und Südosteuropa. Ein dynamisches Kriminalitätslagebild verlangt nach immer flexibleren Strategien in der Kriminalitätsbekämpfung. Eine besondere Herausforderung stellen das Auftreten neuer Kriminalitätsphänomene in immer kürzeren Intervallen und die zunehmende transnationale Mobilität von Tätergruppen (sogenannte Mobile Organized Crime Groups) dar. Die Betätigungsfelder Krimineller verändern sich laufend und in immer kürzeren Intervallen. Es sind längerfristige Trends in Richtung Cyber-Kriminalität und weiteren Kriminalitätsformen mit globalem Rahmen unter Nutzung des Internets und neuer Medien (insbesondere Social Media) zu erkennen.

## Ergebnis der Evaluierung



## Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

### 11.1.1 Subjektives Sicherheitsgefühl [%]

Die BewohnerInnen Österreichs fühlen sich zwar nach wie vor sicher, die Kennzahl des subjektiven Sicherheitsgefühls ist gegenüber den sehr hohen Werte der Vorjahre jedoch gesunken. Trotzdem sagen noch immer 88 % der Bevölkerung sich sehr sicher oder sicher zu fühlen.

### 11.1.2 Better Life Index – Kategorie Sicherheit [Platzierung]

Österreich nahm im Better Life Index (BLI) in der Kategorie Sicherheit unter den EU-Mitgliedsstaaten 2015 den fünften Platz ein und verbesserte sich somit im Vergleich zum Vorjahr um zwei Ränge. Der Zielzustand für 2015 wurde zur Gänze erreicht.

### 11.1.3 Gesamtkriminalität pro 100.000 EinwohnerInnen [Anzahl]

Die Kennzahl der Gesamtkriminalität ist eine Kriminalitätsbelastungszahl und wird als Häufigkeitskennzahl pro 100.000 Einwohner für ein bestimmtes Jahr ausgewiesen.

Die langfristige Perspektive der Kriminalitätsentwicklung mit dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre lässt ein kontinuierliches Sinken der Anzahl angezeigter strafbarer Handlungen erkennen. Der Zielzustand 2015 wurde überplanmäßig erreicht.

### Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungsziels

Die öffentliche Sicherheit in Österreich ist die Grundlage für Freiheit, Wohlstand und sozialen Frieden. Als größter Sicherheitsdienstleister liefern wir einen zentralen Beitrag, dass Österreich eines der sichersten Länder der Welt mit hohem Niveau im Bereich der Inneren Sicherheit bleibt. Dieses Ziel konnte 2015 erreicht werden. Folgende Ergebnisse liegen vor:

1. Im Zehn-Jahres-Rückblick wurden noch nie so wenig Anzeigen in Österreich erstattet wie im Jahr 2015. Im langfristigen Vergleich ist der Abwärtstrend deutlich erkennbar: Wurden 2006 noch über 588.000 Fälle angezeigt, so ist die Gesamtzahl im Jahr 2015 auf exakt 517.870 Anzeigen gesunken. Dies bedeutet einen Rückgang von über 70.300 Anzeigen innerhalb von zehn Jahren. Im Vergleich zu 2014 (527.692 Anzeigen) ist die Zahl der Anzeigen um 1,9 Prozent oder in absoluten Zahlen um 9.822 Anzeigen gesunken. Mit 44 Prozent konnte 2015 die höchste Aufklärungsquote der letzten zehn Jahre in Österreich erzielt werden. Seit dem Jahr 2010 liegt sie konstant über 40 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr 2014 konnte sie um 0,9 Prozentpunkte gesteigert werden.  
Diese positive Entwicklung soll auch in Zukunft mit gezielten Strategien zur Kriminalitätsbekämpfung fortgesetzt werden, wie z. B. Einsetzung von Sonderkommissionen (Soko Ost und Soko KFZ) zur Bekämpfung spezifischer Kriminalitätsphänomene, rasche Reaktion auf dynamische Deliktformen wie Cyberkriminalität, Einrichtung zusätzlicher Ermittlungsgruppen zur Bekämpfung der Schlepperei, Maßnahmen zum Schutz kritischer Infrastrukturen und Sensibilisierung im Hinblick auf Spionage sowie die Beschlussfassung des Staatsschutzgesetzes. Weiters liegt ein Schwerpunkt der Polizeiarbeit auf dem internationalen Austausch, insbesondere gemeinsame länderübergreifende Operationen mit Europol und Interpol.
2. Unabhängig von der Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität ist ein hohes subjektives Sicherheitsgefühl eines der vorrangigen Ziele des BM.I. »Wie sicher fühlen sich die Menschen in Österreich?«, lautet die zentrale Frage. Der Grad der subjektiven Sicherheit wird vom BM.I regelmäßig mit Hilfe von Meinungsforschungsinstituten ermittelt. Dabei zeigt sich, dass sich die subjektive Einschätzung der Bewohnerinnen und Bewohner nicht immer mit der objektiven Sicherheitslage deckt. Das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung liegt seit 2011 konstant über 90 %, die sich sehr sicher oder sicher fühlen. 2015 lag der Wert erstmals knapp unter 90 %. Angesichts der dominierenden und medial stark präsenten Themen der Flüchtlingskrise und der Terroranschläge in Europa ist die Entwicklung der Kennzahl nach wie vor positiv zu beurteilen. Gegenmaßnahmen wie eine gezielte polizeiliche Präsenz und das Projekt »Gemeinsam Sicher« (im BFG 2015: Ausbildung von Sicherheitsbürgern) werden einen Beitrag zur Stabilisierung des subjektiven Sicherheitsgefühls leisten.

3. Auch der internationale Vergleich ist ein wesentlicher Maßstab. Die OECD erhebt seit 2011 den »Better Life Index« (BLI). Damit wird die Lebensqualität innerhalb der 34 OECD Staaten anhand von elf Dimensionen, darunter Sicherheit, ermittelt. Das BMI zieht für die Kennzahl den Vergleich mit den Mitgliedsstaaten der EU in der Dimension Sicherheit heran. Österreich verbesserte sich 2015 um zwei Plätze auf den fünften Rang und gehört somit im internationalen Vergleich zu den sichersten Ländern der EU.
4. Die polizeiliche Präsenz wurde 2015 erneut deutlich auf mittlerweile über 5,3 Millionen Stunden an Fußstreifen sowie verkehrs- und fremdenpolizeilichen Kontrollen ausgebaut. Die Qualität der Spurensicherung konnte im Bereich der daktyloskopischen Spuren weiter gesteigert, im Bereich der DNA-Spuren auf hohem Niveau gehalten werden.
5. Die Bekämpfung von Cyber-Crime wurde im Vorjahr mit der Implementierung von Projekten konsequent weiterverfolgt. Die Errichtung des Cyber Crime Competence Centers als zentrale Koordinierungsstelle im BMI sowie der entsprechenden organisatorischen Strukturen in den Landespolizeidirektionen konnte 2015 noch nicht vollständig abgeschlossen werden, ist aber 2016 vorgesehen. Als weiterer Schritt konnten 25 % der Regionen mit ausgebildeten Cybercrimespezialisten ausgestattet werden.
6. Im Bereich der internationalen Zusammenarbeit konnten die Kooperationen mit EU-Staaten, Drittstaaten und internationalen Organisationen weiter ausgebaut werden. Die Schwerpunkte liegen überwiegend bei den Nachbarstaaten, am Westbalkan, im östlichen und südlichen Umfeld der EU, im Nahen und Mittleren Osten sowie bei strategischen Partnern und internationalen Organisationen.

---

## Wirkungsziel Nr. 2

Sicherstellung eines geordneten, rechtsstaatlichen Vollzugs und eines qualitativ hochwertigen Managements in den Bereichen Asyl, Fremdenwesen und der legalen Migration

### Umfeld des Wirkungsziels

Europa und damit auch Österreich ist auf Grund der dramatischen Situation in Syrien, im Irak und anderer internationaler Krisenherde mit der größten Migrations- und Flüchtlingskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs konfrontiert. Die enorm gestiegenen Migrationsbewegungen aus dem Nahen und Mittleren Osten und aus Afrika, Flüchtlingstragödien und damit einhergehende Schleppermachenschaften, stellen zentrale Herausforderungen für Europa und Österreich dar. Die enorm gestiegene Zahl der Asylanträge sowie die hohe Anzahl von Transitmigranten durch Österreich bringen die personellen und budgetären Kapazitäten an ihre Grenzen. Dies führte zu einem dramatischen Engpass in der Unterbringung der Asylwerberinnen und Asylwerber. Während in den Vorjahren und den ersten Monaten des Jahres 2015 vor allem die Seeroute über das zentrale Mittelmeer genutzt wurde, kam es im Frühjahr 2015 zu einer Verschiebung in Richtung der Westbalkanroute. Die an dieser Route liegenden Transitstaaten zeigten sich sehr bald überfordert und sorgten nur mehr für eine schnelle Weiterreise der Migrantinnen und Migranten.

Anfang September 2015 erreichte die größte Flüchtlings- und Migrationsbewegung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die österreichische Ostgrenze. Rund 676.000 Transitmigranten sind 2015 bis Jahresende durch Österreich durchgereist. Ziel dieser Menschen war in den meis-

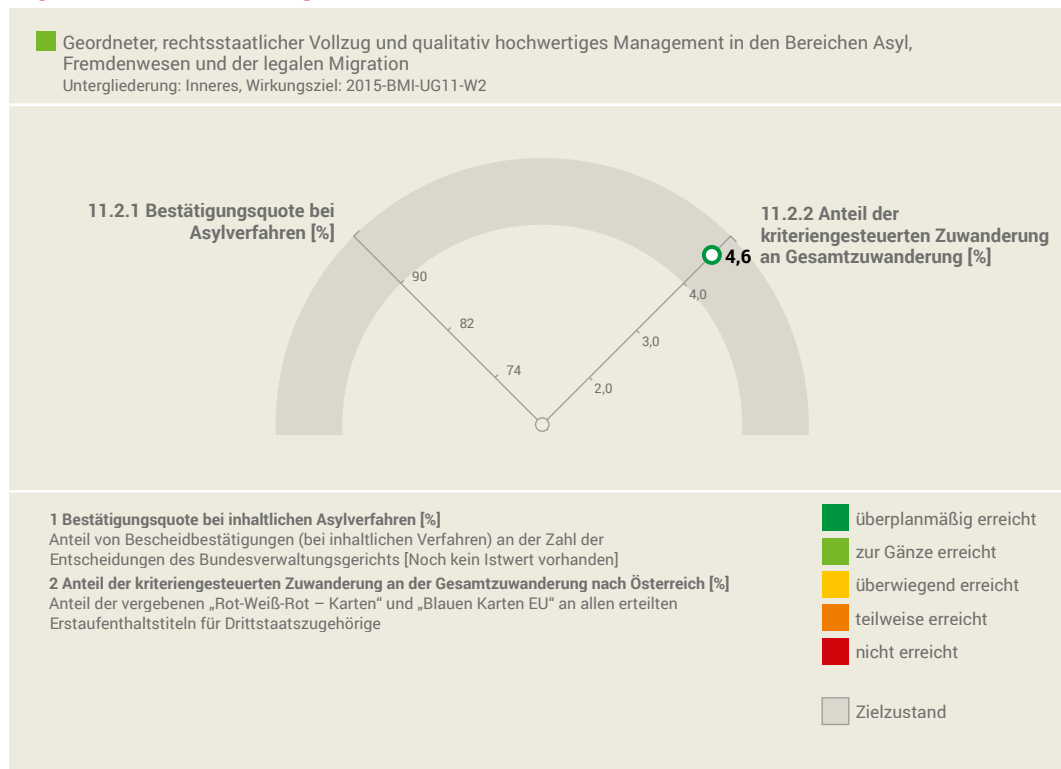


[www.wirkungsmonitoring.gv.at/2015-BMI-UG-11-W0002.html](http://www.wirkungsmonitoring.gv.at/2015-BMI-UG-11-W0002.html)

ten Fällen Deutschland. Österreich hat daher zu dem im Schengen Grenzkodex vorgesehenen Instrument der Einreise aus humanitären Gründen gegriffen und für eine sichere Durchreise der Transitmigranten bei Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit gesorgt.

Dieser zunehmende Migrationsdruck mit Auswirkungen auf Österreich ist kein temporäres Phänomen und erfordert daher neben kurzfristigen Lösungen der Krise, mittel- und langfristige Ansätze zur Schaffung neuer organisatorischer und rechtlicher Rahmenbedingungen im Migrations- und Asylbereich.

## Ergebnis der Evaluierung



## Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

### 11.2.1 Bestätigungsquote bei inhaltlichen Asylverfahren [%]

Das Ergebnis der Kennzahl wird aus dem Bericht des Bundesverwaltungsgerichts entnommen. Dieser liegt nicht vor.

### 11.2.2 Anteil der kriteriengesteuerten Zuwanderung an der Gesamtzuwanderung nach Österreich [%]

Die gesetzlichen Grundlagen der Rot-Weiß-Rot – Karte traten im Juli 2011 in Kraft womit die Zuwanderung von qualifizierten Drittstaatsangehörigen neu geregelt wurde. Der Zielwert 2015 konnte überplanmäßig erreicht werden und somit der Anteil der kriteriengesteuerten Zuwanderung an der Gesamtzuwanderung nach Österreich im Vergleich zum Vorjahr auf dem erreichten Niveau gehalten werden.

## Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungsziels

Im Asyl- und Migrationsbereich ist das BM.I durch die Flüchtlingsbewegungen aus Syrien, Afghanistan, Irak und anderen Krisenregionen sehr stark gefordert. Selten haben Ereignisse, die ihren Ursprung außerhalb Europas haben, derart große Auswirkungen auf die Situation

in Österreich gehabt, wie in der zweiten Jahreshälfte 2015. Dies führte zu einem Anstieg der Asylwerber in Österreich um über 210 % gegenüber den Vergleichszahlen 2014. In absoluten Zahlen war dies ein Anstieg von knapp über 28.000 im Jahr 2014 auf an die 90.000 im Jahr 2015. Mit 31.12.2015 waren über 78.000 Personen in Grundversorgung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innenressorts sind monatelang an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gegangen und haben mit Engagement und Einsatz viel zur Bewältigung der Krise beigetragen. Die mittel- und langfristigen Folgen der größten Flüchtlings- und Migrationskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs werden das BM.I noch über Jahre hinaus beschäftigen.

Mit Blick auf die Indikatoren des Wirkungsziels sorgt das BM.I in den Bereichen Asyl, Migration und Fremdenwesen für ein rechtsstaatliches und geordnetes Management. Dazu sind insbesondere die Asylverfahren effizient und sachgerecht zu führen, die legale Migration effektiv zu steuern und Asylmissbrauch sowie illegale Migration hintanzuhalten. Im Detail ergibt sich folgendes Resümee:

1. Die Kennzahl zur Bestätigungsquote der inhaltlichen Entscheidungen des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA) wurde vom Bundesverwaltungsgericht noch nicht vorgelegt, daher kann eine abschließende Beurteilung des Erfolgs nicht vorgenommen werden. Da seitens des Gerichts die Kennzahl auch in Zukunft nicht mehr in dieser Form erhoben wird, sieht sich das BM.I gezwungen eine alternative Kennzahl für 2017 vorzulegen. Außer Frage steht, dass die höchst angespannte Flüchtlingssituation das mit 1. Jänner 2014 neu geschaffene BFA vor enorme Herausforderungen gestellt hat. Im Zeitraum von 1. Jänner bis 31. Dezember 2015 hat das BFA insgesamt 85.010 Entscheidungen getroffen, davon 41.312 im Asylbereich und 43.698 im Bereich des Fremdenrechts.
2. Im Bereich der legalen Migration wird die Zuwanderung unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen und arbeitsmarktrechtlichen Bedürfnisse effektiv gesteuert, um Österreich als Wirtschaftsstandort weiter zu stärken. Mit Einführung des kriteriengeleiteten Zuwanderungssystems der »Rot-Weiß-Rot – Karte« wurde der Anteil der qualifizierten Zuwanderung gegenüber 2011 deutlich erhöht und konnte 2015 mit 4,6 % auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden. Der Anteil von »Rot-Weiß-Rot – Karte plus« InhaberInnen konnte hingegen deutlich von 74 % auf 98 % gesteigert werden. InhaberInnen einer »Rot-Weiß-Rot – Karte« erlangen diese, wenn sie innerhalb der letzten zwölf Monate zumindest zehn Monate unter den für die Zulassung maßgeblichen Voraussetzungen beschäftigt waren. Das zeigt, dass das Modell funktioniert und qualifizierte Arbeitskräfte das Angebot annehmen.
3. Trotz des enormen Zustroms von Asylsuchenden konnten die Zielvorgaben zum Vollzug des Asylwesens 2015 erreicht werden. Die durchschnittliche Dauer der kombinierten Asylverfahren im Jahresschnitt lag bei knapp unter fünf Monaten, die durchschnittliche Dauer in der Grundversorgung bei 330 Tagen. Aufgrund der außerordentlichen Belastungen des Asylwesens in der zweiten Jahreshälfte 2015 wuchs die punktuelle Verfahrensdauer gegen Ende des Jahres bereits über den Zielwert an, womit die Auswirkungen auf die Parameter im Vollzug erst mittelfristig messbar sein werden bzw. sich ab 2016 verschärft auswirken. Entscheidend dafür wird auch die weitere Entwicklung der Flüchtlings- und Migrationsbewegungen in den kommenden Monaten und Jahren sein.
4. Die Maßnahme zur Zurückdrängung des Asylmissbrauchs lieferte unterschiedliche Ergebnisse. Die Dauer der Asylverfahren bei negativen inhaltlichen Entscheidungen der I. Instanz betreffend Personen aus sicheren Herkunftsstaaten konnte 2015 aufgrund der extrem schwierigen externen Rahmenbedingungen nicht erreicht werden. Im Zeitraum der Schwerpunktsetzung zu Beginn des Jahres 2015 betreffend, der Umsetzung inhaltli-

cher Entscheidungen zu sicheren Herkunftsstaaten, lag die Verfahrensdauer mit 44 Tagen deutlich unter dem Zielwert. Grund für die spätere Überschreitung war die nachfolgend sehr hohe Zahl von Asylanträgen von Personen aus nicht sicheren Herkunftsstaaten, insbesondere Syrien und Afghanistan. Es kam zu einer Verschiebung der Erledigungen hin zu diesen Staaten, was eine Verzögerung der offenen Fälle aus sicheren Herkunftsstaaten bedingte und zu einer längeren Dauer für inhaltliche Entscheidungen führte. Der Anteil der Leistungsmisbrauchsfälle von Personen in der Grundversorgung hingegen fiel auf 2,4 %. Mitverantwortlich dafür ist vor allem die enorm gestiegene Zahl der Grundversorgten, die bei der Berechnung mit den Kontrollen in Beziehung gesetzt wird.

5. Die Ziele im Bereich des Fremdenrechts wurden 2015 erreicht. Es wurden über 8.300 Ausreisen verzeichnet, über 5.150 davon freiwillig. Der Zielwert wurde hier deutlich überplanmäßig erreicht. Im Vergleich zum Vorjahr wurden um 40 Prozent mehr Außerlandesbringungen durchgeführt.

---

### Wirkungsziel Nr. 3

Verbesserter Schutz vor Gewalt, insbesondere gegen Frauen, Minderjährige und Seniorinnen und Senioren

#### Umfeld des Wirkungsziels

Gewalt tritt in allen Gesellschaftsschichten, in allen Altersgruppen und in den verschiedensten Ausprägungen auf. Sie hat meist eine Vorgeschichte und meistens kennen sich Opfer und Täter. Es gibt also einen Entstehungsprozess, in dem viele Einrichtungen und Personen, beginnend bei Familie, Schule, Arzt und Arbeitsplatz bis hin zu Vereinen und NGOs, die Einblick in die Verhältnisse und somit auch die Möglichkeit haben, Entwicklungen zu erkennen und in ihrem Wirkungskreis zu handeln. Es liegt damit in der Verantwortung unserer gesamten Gesellschaft – auch der Polizei – die Ursachen von Gewalt zu erkennen und so Gewalttaten zu verhindern.

Die EU-weite Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) über Gewalt gegen Frauen, die 2014 in Österreich veröffentlicht wurde, stellt in diesem Zusammenhang die größte repräsentative Studie dar, die international zum Problem Gewalt gegen Frauen jemals erstellt wurde. In den 12 Monaten vor der Befragung haben geschätzte 13 Millionen Frauen EU-weit körperliche Gewalt erfahren. Dies entspricht 7 % der Frauen zwischen 18 und 74 Jahren. Weiters haben in den 12 Monaten vor der Befragung schätzungsweise 3,7 Millionen Frauen EU-weit sexuelle Gewalt erfahren, was 2 % der Frauen entspricht. Eine von 20 Frauen (5 %) ist seit ihrem 15. Lebensjahr vergewaltigt worden. Jede dritte Frau (33 %) hat seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren. Österreich schneidet unter den 28 EU-Staaten im Vergleich relativ positiv ab: Der Anteil von Frauen, die körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren mussten, liegt in Österreich bei 20 Prozent – um 13 Prozent niedriger als im EU-Durchschnitt. Niedriger, wenn auch nicht so ausgeprägt, ist etwa auch die Häufigkeit körperlicher, sexueller und psychischer Gewalterfahrungen in der Kindheit (EU-Durchschnitt: 35 Prozent, Österreich: 31 Prozent), wobei hier die Häufigkeit physischer Übergriffe in der Kindheit mit 27 Prozent gleich hoch wie EU-weit ist.

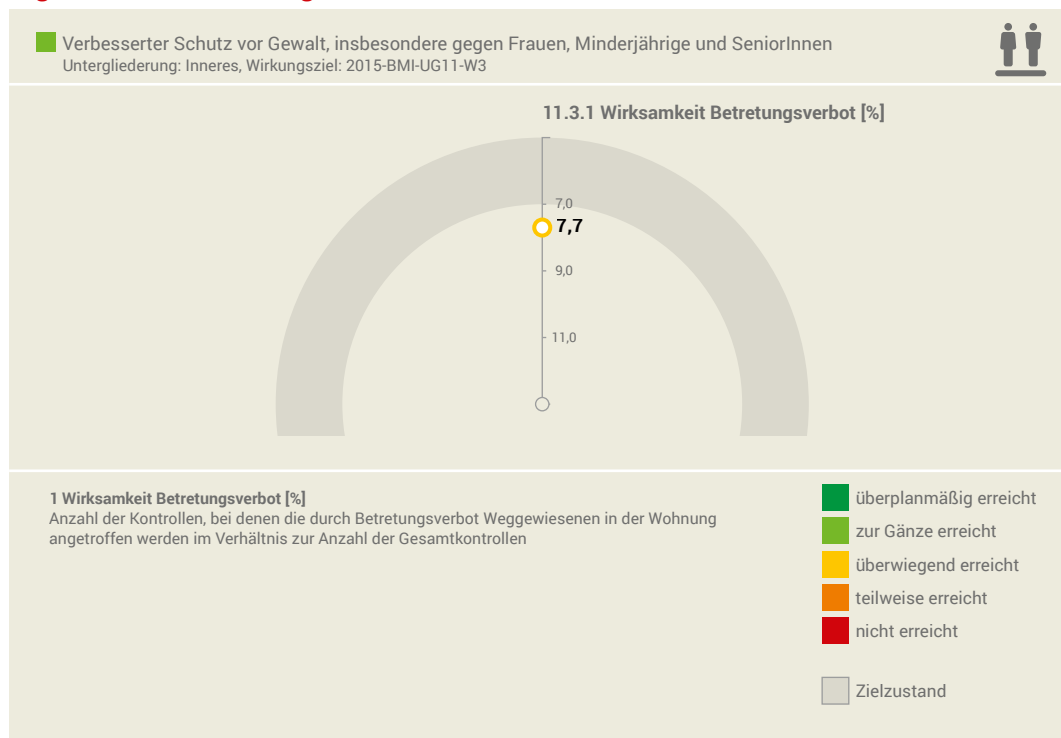
Diese Zahlen verdeutlichen, dass die Bekämpfung von Gewalt insbesondere gegen Frauen völlig zurecht hohe Priorität für das BM.I einnimmt. Die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Gewalt stellen ein umfassendes Problem dar, das die ganze Gesellschaft be-



[www.wirkungsmonitoring.gv.at/2015-BMI-UG-11-W0003.html](http://www.wirkungsmonitoring.gv.at/2015-BMI-UG-11-W0003.html)

trifft und nicht nur eine Aufgabe der Exekutive sein darf. Da eine übergreifende Zusammenarbeit aller Akteure unerlässlich ist, müssen die Ziele und Strategien, die Prozesse und die Strukturen sowie die Fähigkeiten und die Mittel der betreffenden Akteure unter Einbeziehung der Bürger systematisch aufeinander abgestimmt, miteinander verbunden und aktiv gestaltet werden.

## Ergebnis der Evaluierung



## Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

### 11.3.1 Wirksamkeit Betretungsverbot [%]

Das Betretungsverbot als Instrument zum Schutz von Frauen vor Gewalt im sozialen Naheverhältnis lag 2015 nur leicht über dem Niveau der letzten Jahre. Bei knapp acht Prozent der Kontrollen wurde der Gefährder wieder angetroffen. Das Betretungsverbot wurde ab September 2013 auf Schulen, institutionelle Kinderbetreuungseinrichtungen und Horts ausgeweitet und kann ab 2016 auch unabhängig von einem Betretungsverbot für eine Wohnung oder ein Wohnhaus für diese Einrichtungen ausgesprochen werden.

### Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungsziels

Österreich zeichnet sich durch ein enges soziales Netz aus, das zahlreiche Hilfestellungen bietet. Durch ein noch engeres Zusammenspiel aller Akteure soll es gelingen, Gewalt nicht ungesehen zu lassen, etwaige Anzeichen frühzeitig zu erkennen und die richtigen Spezialistinnen und Spezialisten einzubeziehen. Auch für die Polizei gilt es eine noch größere Sensibilisierung für das Erkennen und den richtigen Umgang mit Gewalt zu erreichen. Die Arbeit der Polizei ist ein Puzzlestück in dem Gesamtkonzept zur Verhinderung von Gewalt. Der Know-how- und Wissenstransfer bietet große Chancen, muss aber sichergestellt werden. Oftmals erhält die Polizei erst dann Einblick in die Situation, wenn die Tat begangen und Opfer und Täter ihre Rolle eingenommen haben. Das Betretungsverbot als zentrales Instrument zum Schutz von Frauen vor Gewalt im sozialen Naheverhältnis setzt hier an. Die Wirksamkeit des Betretungsverbots konnte 2015 annähernd auf dem Niveau des Vorjahres gehalten, das Ziel überwiegend erreicht werden. Gefährder konnten zu über 92 % nachhaltig ferngehalten werden.



Der Weg des Innenressorts bei der Zurückdrängung von Gewalt gegen Frauen, Minderjährige sowie Seniorinnen und Senioren auf Prävention zu setzen, wurde 2015 fortgesetzt. Es wurden erneut über 3.800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer von 151 Präventionsveranstaltungen im Bereich »Gewalt gegen Frauen« erreicht, über 5.700 im Bereich »Gewalt gegen Ältere Menschen«, dazu über 33.500 Kinder. Dabei wurden über 4.300 spezifische Präventionsveranstaltungen für die Risikogruppen Minderjährige und SeniorInnen abgehalten. Sämtliche Zielvorgaben im Präventionsbereich wurden somit überplanmäßig erreicht.

Zusätzlich wurden seitens des BM.I erfolgreiche Projekte und Maßnahmen zur Zurückdrängung von Gewalt gestartet bzw. durchgeführt. Mit dem »Bündnis gegen Gewalt« wurde im Bundeskriminalamt eine Ansprechstelle geschaffen, deren zentrale Aufgaben Vernetzung und Austausch sind. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Jugendliche und Kinder gelegt. Im Rahmen des im Projekt »Komplexe Opferarbeit« entwickelten Prozesses steht die Sensibilisierung der Polizeibeamten im Mittelpunkt, um die Vernachlässigung oder Gewalt gegen Kinder und Jugendliche rascher erkennen zu können. Aufklärung zu diesem sensiblen und oft tabuisierten Thema findet somit sehr umfangreich statt. Gewaltsituationen sollen so von vornherein verhindert und Lösungen angeboten werden. Das Erfordernis von repressiven Maßnahmen soll damit mittelfristig gesenkt werden.

Aus der Kriminalstatistik können folgende Ergebnisse ergänzend angeführt werden:

- Bei 61,5 Prozent der begangenen Taten (entspricht 20.560 Fällen) gab es eine Beziehung zwischen Täter und Opfer bei Gewaltdelikten.
- Nach dem historisch niedrigen Niveau des Jahres 2014 ist die Zahl der Anzeigen bei der vorsätzlichen Tötung um 28 Fälle auf 135 oder 26,2 Prozent gestiegen. 39 Taten wurden vollendet, bei 96 blieb es beim Versuch. Alle vollendeten bzw. 93 der 96 versuchten Tötungsdelikte konnten aufgeklärt werden. Dies bedeutet eine sehr hohe Aufklärungsquote von rund 97,8 Prozent.
- Auch die Zahl der vorsätzlichen Körperverletzungen ist 2015 leicht gestiegen. Waren es 2014 noch historisch niedrige 37.659 Anzeigen, so stieg die Zahl um 0,4 Prozent auf 37.822 Anzeigen.
- Die Zahl der Anzeigen wegen Delikten gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung ist gesunken: von 2.418 im Jahr 2014 um 1,7 Prozent auf 2.376 im Jahr 2015.

Das BM.I wird ab 2016 neben der Wirksamkeit des Betretungsverbots weitere Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung vorlegen.

---

## Wirkungsziel Nr. 4

Förderung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Leistungen der Sicherheitsexekutive. Sicherheitsdienstleistungen sollen transparent, bedarfsgerecht und zielgruppenorientiert erbracht werden

### Umfeld des Wirkungsziels

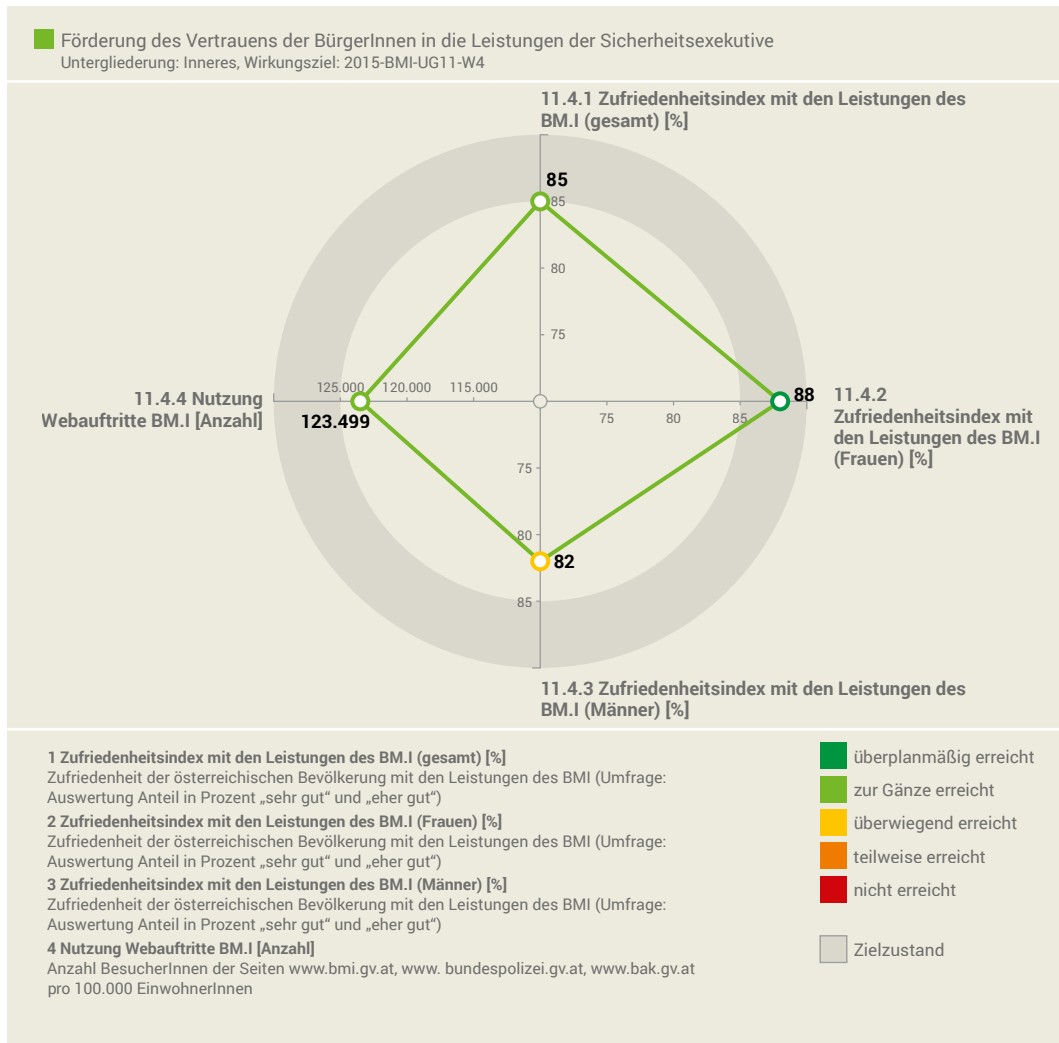
Die technologische Entwicklung hat eine noch nie erlebte Dynamik erreicht. Die virtuelle Welt ist zum integralen Teil unserer Gesellschaft geworden. Digitalisierung, Vernetzung und Globalisierung führen zu neuen Herausforderungen und bestimmen immer stärker Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Laut Statistik Austria waren 2015 82 % der Haushalte in Österreich



[www.wirkungsmonitoring.gv.at/2015-BMI-UG-11-W0004.html](http://www.wirkungsmonitoring.gv.at/2015-BMI-UG-11-W0004.html)

mit einem Internetzugang ausgestattet, 6,4 Millionen Menschen haben das Internet genutzt, über 3,6 Millionen E-Government – Angebote. Gleichzeitig steigen die Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf Schnelligkeit und Benutzerfreundlichkeit der Leistungen von Behörden und Institutionen. Dies gilt auch für die eigenen Systeme des BM.I. Die rasante Verbreitung der Informationstechnologie in der Gesellschaft bringt höhere Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger an das Know-how und die Infrastruktur des BM.I mit sich (z. B. Zentrales Vereins- und Zentrales Melderegister). Neue Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger und der öffentlichen Verwaltung im Rahmen des E-Governments machen den Ausbau der Register in den Bereichen Meldungen, Personenstand und Wahlen unumgänglich. Der laufende technologische Fortschritt erfordert eine ständige Anpassung der Aufbau- und Ablauforganisation.

## Ergebnis der Evaluierung



## Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

### 11.4.1 Zufriedenheitsindex mit den Leistungen des BM.I (gesamt) [%]

Die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Leistungen des BM.I betreffend Kompetenz, Auftreten und Serviceorientierung in den Bereichen Ausstellung von Führerscheinen, Aufnahme von Diebstahlsanzeigen und der Durchführung von Präventionsveranstaltungen konnte gegenüber 2014 wieder gesteigert und das Ziel erreicht werden.

#### 11.4.2 Zufriedenheitsindex mit den Leistungen des BM.I (Frauen) [%]

Das bereits in den Vorjahren hohe Niveau der Zufriedenheit von Frauen mit den Leistungen des BM.I betreffend Kompetenz, Auftreten und Serviceorientierung in den Bereichen Ausstellung von Führerscheinen, Aufnahme von Diebstahlsanzeigen und der Durchführung von Präventionsveranstaltungen konnte erneut ausgebaut und das Ziel erreicht werden. Auffällig ist die unterschiedliche Bewertung der Leistungen des BM.I von Männern und Frauen.

#### 11.4.3 Zufriedenheitsindex mit den Leistungen des BM.I (Männer) [%]

Die Zufriedenheit von Männern mit den Leistungen des BM.I betreffend Kompetenz, Auftreten und Serviceorientierung in den Bereichen Ausstellung von Führerscheinen, Aufnahme von Diebstahlsanzeigen und der Durchführung von Präventionsveranstaltungen liegt leicht über dem Wert von 2014 und wurde 2015 überwiegend erreicht. Auffällig ist die unterschiedliche Bewertung der Leistungen des BM.I von Männern und Frauen.

#### 11.4.4 Nutzung Webauftritte BM.I [Anzahl]

Die Anzahl der Besucherinnen und Besucher der vom BM.I betriebenen Websites konnte 2015 im Vergleich zum Vorjahr wieder deutlich gesteigert werden, der Zielzustand wurde aber knapp verfehlt. 2013 wurden sehr hohe Zugriffswerte verzeichnet, an denen sich der Zielwert 2015 orientiert hat und somit sehr ambitioniert angesetzt war. Der Wert liegt trotzdem noch immer klar über dem Ausgangswert aus dem Jahr 2011.

#### Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungsziels

Höhere Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger an die öffentliche Verwaltung sowie der technologische Fortschritt machen neue Formen des Informationstransfers und Vertrauen schaffende Maßnahmen zur Sicherheitsexekutive notwendig. Die Erbringung qualitativ hochwertiger Leistungen fördern das Vertrauen in das BM.I. Daher ist eine hohe Zufriedenheit mit der Leistungserbringung, vor allem im Bereich der Sicherheitsexekutive, ausschlaggebend. Im direkten Kontakt wie beispielsweise bei der Ausstellung von Führerscheinen, der Durchführung von Präventionsveranstaltungen oder der Aufnahme einer Diebstahlsanzeige müssen Kompetenz, das Auftreten und die Serviceorientierung hohe Ansprüche erfüllen. Das Niveau der Zufriedenheit mit diesen genannten Leistungen konnte im Vergleich zum Vorjahr erhöht werden, das Ziel zur Gänze erreicht werden.

Durch neue Formen der Bürgerbeteiligung und eine intensivere Vernetzung im Bereich der Informationsbeschaffung sind die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung zu integrieren. Ein rascher, unbürokratischer und strukturierter – nach Möglichkeit elektronischer – Informationsaustausch zwischen den Sicherheitspartnern muss sichergestellt werden. Bei den Zugriffen auf die Homepages des BM.I wurde ein deutlicher Anstieg auf über 123.000 pro 100.000 EinwohnerInnen verzeichnet und so das Ziel überwiegend erreicht. Insbesondere die zahlreichen Meldestellen des Bundeskriminalamts sind als wichtige Kanäle des Informationstransfers zwischen Ministerium und der Bevölkerung etabliert.

Gezielte Projekte zur Miteinbeziehung der Zivilgesellschaft in die Gestaltung der Inneren Sicherheit wurden gestartet, wie z. B. verstärkte Miteinbindung von Privatpersonen als Sicherheitsbürger. Polizeiarbeit kann präventiv nur in enger Zusammenarbeit mit anderen Akteuren erfolgreich sein. Durch neue Formen der Bürgerbeteiligung und eine intensivere Vernetzung im Bereich der Informationsbeschaffung sind die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung zu integrieren. Bereits im Vorjahr wurde das Bürgerbeteiligungsprojekt »GEMEINSAM SICHER« (im BFG 2015: Ausbildung von Sicherheitsbürgern) angekündigt, das Mitte 2018 finalisiert und ab April 2016 mit einer Probephase in die Praxis umgesetzt wird. Ziel der Polizei ist es regelmäßig und anlasslos mit der Bevöl-

kerung in Verbindung zu stehen, Sicherheit aus der Zusammenarbeit aller Betroffenen bzw. Zuständigen zu gewährleisten und auf Augenhöhe Anliegen und Informationen auszutauschen. Dieses Ziel findet auch organisatorisch in der Polizei seinen Platz. Erfolgreich abgeschlossen wurde 2015 das Projekt »Polizei.Macht.Menschen.Rechte«. Im Zuge der Umsetzung wurden die Kompetenzen der Exekutive im Hinblick auf die Sensibilisierung im Bereich Menschenrechte weiterentwickelt, um eine menschenrechtskonforme Polizeiarbeit zu stärken und noch stärker in der Aus- und Fortbildung zu verankern.

Darüber hinaus wurde der Servicecharakter von Leistungen des BM.I weiter ausgebaut. Das in Betrieb genommene Zentrale Personenstandsregister (ZPR) wird viele bisher erforderliche Behördenwege für die Bürgerinnen und Bürger im Bereich des Personenstandswesens ablösen. Das Register wurde 2015 weiterentwickelt und Kundenwünschen entsprechend erweitert. Als weitere Serviceleistung bietet das BM.I im Zentralen Melderegister (ZMR) eine eigene Abfragemöglichkeit für sonstige Abfrageberechtigte an, sogenannte »Businesskunden«. Diese müssen glaubhaft machen, dass sie regelmäßig Meldeauskünfte zur erwerbsmäßigen Geltendmachung oder Durchsetzung von Rechten oder Ansprüchen benötigen, wie z. B. Banken, Versicherungen sowie Rechtsanwälte und Notare. Liegen die Voraussetzungen vor, können diese schnell und unbürokratisch Abfragen durchführen. Derzeit nutzen bereits mehr als 5.000 Businesspartner den Onlinezugriff auf das ZMR.

---

## Wirkungsziel Nr.5

Erhöhung der Nachhaltigkeit der Organisation und der Produktivität des Sicherheitsdienstleisters BM.I durch qualitativ gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

### Umfeld des Wirkungsziels

Die enormen Herausforderungen der Migrations- und Flüchtlingskrise brachte die personellen und budgetären Kapazitäten der Organisation BM.I an ihre Grenzen.

Mit 1. Jänner 2016 waren im BM.I insgesamt 32.514 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (VBÄ: ausgabenwirksame Vollbeschäftigungsäquivalente) beschäftigt, wovon 27.463 dem Exekutivdienst und der Rest der Sicherheitsverwaltung zuzuordnen waren. Mehr als die Hälfte dieser Verwaltungsbediensteten steht in exekutivnaher Verwendung (z. B. Polizeijuristinnen und Polizeijuristen, Bedienstete der Strafämter, Bundeskriminalamt) und bilden damit ein wichtiges Anschlussstück in einer wirksamen sicherheitspolizeilichen Aufgabenerfüllung. Der Budgeterfolg betrug 2015 2,85 Milliarden Euro.

Die sukzessive Überalterung der Sicherheitsexekutive und Sicherheitsverwaltung bedingt die dringende Notwendigkeit gegensteuernder Maßnahmen im Bereich des Generationenmanagements. Neben der bereits zum Teil implementierten bedarfsangepassten Professionalisierung der mittleren und oberen Führungskräfteausbildung (Führungs- und Fachkarriere; Bachelor- und Masterstudiengang), dem Leistungs- und Entwicklungsdialo g und der Bedarfs- und Entwicklungsplanung, muss ein umfassendes Wissensmanagement geschaffen werden.

Darüber hinaus sind Rahmenbedingungen für die Aufnahme von Kräften mit speziellem Know-how (z. B. IKT-Expertinnen und Experten für Cybercrime und Cyber-Sicherheit) zu schaffen und eine gezielte Förderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Karriereentwicklungsmodelle, Talente-Management) zu verankern.

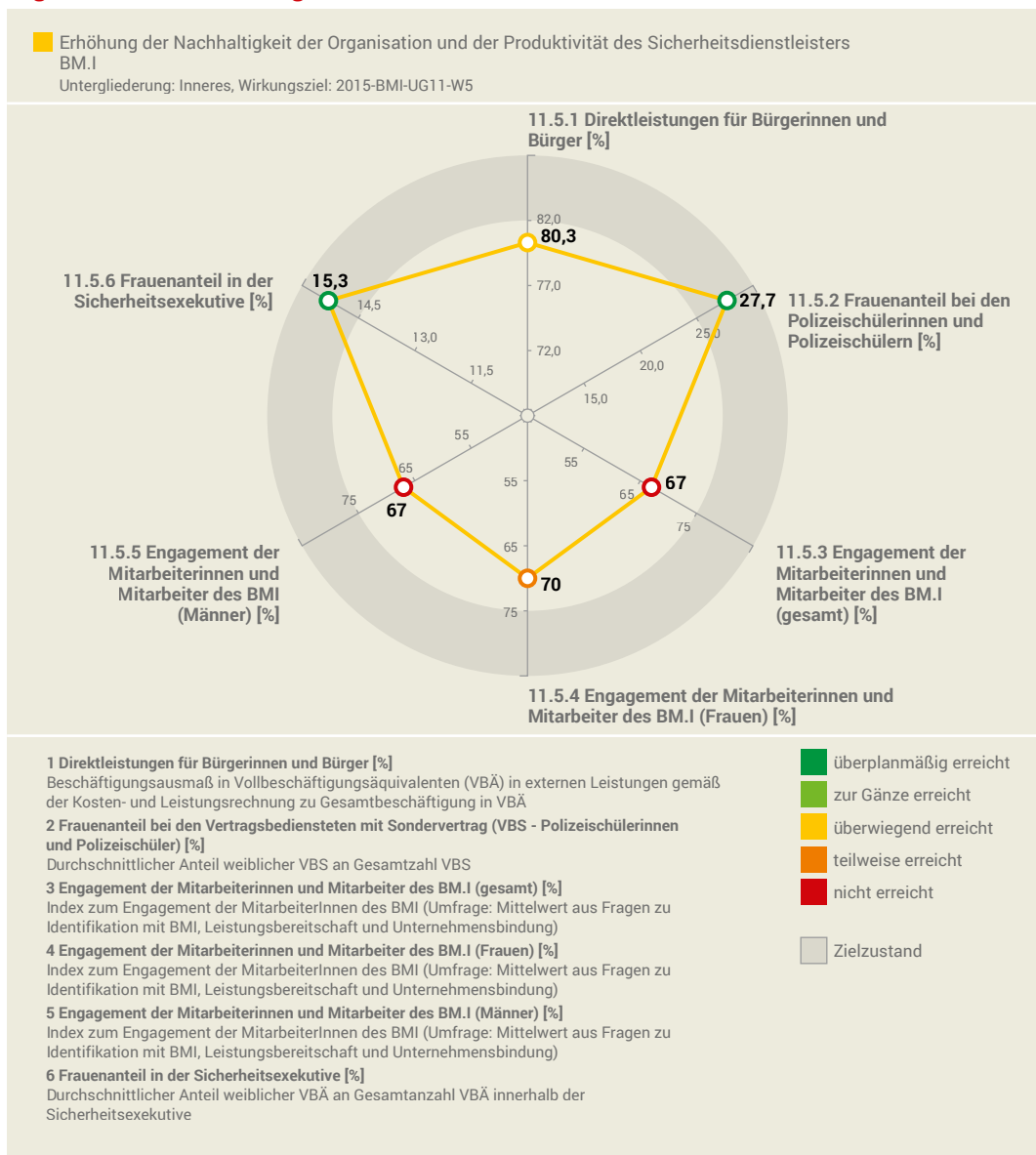


[www.wirkungsmonitoring.gv.at/2015-BMI-UG-11-W0005.html](http://www.wirkungsmonitoring.gv.at/2015-BMI-UG-11-W0005.html)

Durch eine effektive Personalentwicklung, ein nachhaltiges Wissensmanagement und ein Personalmanagement, denen es gelingt die Notwendigkeiten der Organisation mit den Bedürfnissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einklang zu bringen, soll die Leistungsfähigkeit des BM.I, auch in krisenhaften Entwicklungen, sichergestellt werden. Durch ein professionelles Personalmanagement kann es gelingen, die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch in Zeiten der Budgetkonsolidierung und hoher Arbeitsbelastung zu erhalten.

Das BM.I zeichnet sich durch eine große Bandbreite seiner Aufgaben aus. Durch die in bundes- und landesgesetzlichen Bestimmungen festgelegten Mitwirkungsverpflichtungen, insbesondere der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes, kommt es zu Überschneidungen bei der Aufgabenerfüllung. Dies hat kosten- und ausgabenmäßige Auswirkungen auf die Ressourcenausstattung des Ressorts, aber auch auf komplexe Abläufe aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger.

### Ergebnis der Evaluierung



## Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

### 11.5.1 Direktleistungen für Bürgerinnen und Bürger [%]

Das hohe Niveau des Anteils an Direktleistungen des BM.I für Bürgerinnen und Bürger konnte auch 2015 überwiegend gehalten werden. Der Zielwert 2015 wurde zur Gänze erreicht.

### 11.5.2 Frauenanteil bei den Vertragsbediensteten mit Sondervertrag (VBS – Polizeischülerinnen und Polizeischüler) [%]

Das Ziel des BM.I, den Frauenanteil bei den Polizeischülerinnen und Polizeischülern auf hohem Niveau zu halten, konnte 2015 überplanmäßig erreicht werden. Dies ist Voraussetzung für die Hebung des Frauenanteils in der Sicherheitsexekutive.

### 11.5.3 Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BM.I (gesamt) [%]

Die hohen Werte der Vorjahre zum Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnten 2015 nicht mehr gehalten werden. Insbesondere die Ergebnisse im nachgeordneten Bereich und der Exekutive konnten das Niveau der Vorjahre aufgrund der hohen Belastungen während der Bewältigung der Flüchtlings- und Migrationskrise nicht mehr erreichen.

### 11.5.4 Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BM.I (Frauen) [%]

Die hohen Werte der Vorjahre zum Engagement der Mitarbeiterinnen konnten 2015 nicht mehr gehalten werden. Insbesondere die Ergebnisse im nachgeordneten Bereich und der Exekutive konnten das Niveau der Vorjahre aufgrund der hohen Belastungen während der Bewältigung der Flüchtlings- und Migrationskrise nicht mehr erreichen.

### 11.5.5 Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BM.I (Männer) [%]

Die hohen Werte der Vorjahre zum Engagement der Mitarbeiter konnten 2015 nicht mehr gehalten werden. Insbesondere die Ergebnisse im nachgeordneten Bereich und der Exekutive konnten das Niveau der Vorjahre aufgrund der hohen Belastungen während der Bewältigung der Flüchtlings- und Migrationskrise nicht mehr erreichen.

### 11.5.6 Frauenanteil in der Sicherheitsexekutive [%]

Das Ziel des BM.I den Frauenanteil in der Sicherheitsexekutive nachhaltig zu steigern konnte 2015 wie auch in den Vorjahren überplanmäßig erreicht werden.

## Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungsziels

Das BM.I ist eine hochkomplexe Organisation, die ständig vor neuen Herausforderungen steht:

Bewältigung der aktuellen Flüchtlings- und Migrationskrise, neue Kriminalitätsphänomene oder der umfassende Einsatz von IT-Lösungen. Die Anpassung der Aufbau und Ablauforganisation an diese Veränderungen ist nur möglich, wenn es gelingt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch ein professionelles Personalmanagement für die geänderten Rahmenbedingungen fit zu machen. Die Erfüllung der hohen Anforderungen seitens der Bevölkerung und des gesellschaftlichen Auftrags zur Stärkung des sozialen Friedens verlangt kompetente und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese brauchen eine effiziente und sachgerechte Organisation, um ihre Aufgaben effektiv erfüllen zu können.

Im Mittelpunkt der Bemühungen des Ressorts stehen daher die Konsolidierung der zentralen Aufgaben- und Arbeitsorganisation, die Erhöhung der Praxisorientierung in Aus- und Fortbildung, eine nachhaltige und moderne IT-Ausstattung sowie die effiziente Bereitstellung der Ressourcen:

1. Die vom BM.I erbrachten Leistungen kommen in erster Linie direkt bei den Bürgerinnen und Bürgern an: über 80 % der Leistungen werden unmittelbar für die Bevölkerung erbracht. Verwaltungstätigkeiten und Leitungsaufgaben bleiben auf das notwendige Maß beschränkt und machen rund 6 % aus. Der Anteil der Kernleistungen, wie z.B. sicherheitspolizeiliche oder kriminalpolizeiliche Tätigkeiten, liegt 2015 mit 94 % weiterhin auf sehr hohem Niveau.
2. Um das nötige Vertrauen in der gesamten Bevölkerung zu erlangen, muss die Polizei repräsentativ aufgestellt sein. Der Frauenanteil bei der Exekutive soll behutsam und nachhaltig gesteigert werden und liegt bei 15,3 %. Dieser Weg wurde 2015 somit erfolgreich weiter beschritten. Da es bei den neu aufgenommenen Polizeischülerinnen und Polizeischülern einen Frauenanteil von rund 28 % gibt, kann dieses Ziel auch erreicht werden.
3. In den Bereichen zur bedarfsgerechten Ressourcenbereitstellung bezüglich Fuhrpark und eines effizienten und nachhaltigen Technologieeinsatzes wurden die Ziele größtenteils erreicht. Die durchschnittlichen Kosten pro Kilometer im Fuhrparkmanagement blieben mit 0,46 € unter dem Zielwert, was auf einen kostengünstigen Einsatz schließen lässt. Im Bereich der IKT-Infrastruktur konnte die Verfügbarkeit der zentralen Fahndungssysteme mit 99,98 % entsprechend der Zielvorgaben gesichert werden. Das Ziel bei der Einhaltung der durchschnittlichen Betriebskosten pro im BM.I eingesetzten PC wurde nicht erreicht. Verantwortlich dafür sind vor allem hohe Anforderungen an Hardware und Software und hohe Sicherheitsstandards.
4. Die Anstrengungen des BM.I in den Bereichen der Aus- und Fortbildung wurden auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewürdigt und in den Feedback-Prozessen entsprechend bewertet. Sowohl von den Vorgesetzten, als auch von den Auszubildenden wurden die Aus- und Fortbildungskurse im Jahr 2015 zur Gänze positiv beurteilt.
5. Der Erfolg des BM.I wird durch seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entscheidend beeinflusst. Die außerordentlichen Belastungen im Jahr 2015 im Rahmen der Migrations- und Flüchtlingskrise und der damit einhergehende Einsatz an der Belastungsgrenze vieler Kolleginnen und Kollegen haben sich auch bei den Erhebungen des Index zum Mitarbeiterengagement gezeigt. Das Ziel wurde hier nicht erreicht. Das BM.I hat aber bereits auf die Situation reagiert, um die außerordentlichen Belastungen der vergangenen Monate auf mehrere Kapazitäten zu verteilen. Noch 2016 werden 1.500 neue Polizistinnen und Polizisten aufgenommen, 750 davon für den unmittelbaren Grenzeinsatz mit einer sechsmonatigen Grundausbildung. Bis 2020 hat sich die Bundesregierung auf weitere 2.000 Neuaufnahmen für die Polizei geeinigt. Darüber hinaus wird es auch 250 zusätzliche Planstellen für die Verwaltung geben, um die Exekutive administrativ zu entlasten. Ganz zentral sind die 500 Neuaufnahmen für das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, damit die komplexen Verfahren mit ihren umfangreichen Erhebungen weiterhin konsequent und mit hoher Qualität abgearbeitet werden können.

## Wirkungsziele

### Wirkungsziel 1

Beibehaltung des hohen Niveaus der Inneren Sicherheit.

### Wirkungsziel 2

Geordneter, rechtsstaatlicher Vollzug und qualitativ hochwertiges Management in den Bereichen Asyl, Fremdenwesen und der legalen Migration.

### Wirkungsziel 3

Verbesserter Schutz vor Gewalt, insbesondere gegen Frauen, Minderjährige und SeniorInnen.

### Wirkungsziel 4

Förderung des Vertrauens der BürgerInnen in die Leistungen der Sicherheitsexekutive.

### Wirkungsziel 5

Erhöhung der Nachhaltigkeit der Organisation und der Produktivität des Sicherheitsdienstleisters BM.I.

## Maßnahmen

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Kennzahl / Meilenstein
<b>Globalbudget 11.01 Steuerung</b>		
WZ 1	Beibehaltung des hohen Niveaus der internationalen Vernetzung und des grenzüberschreitenden Sicherheitsmanagements	Anteil von Kooperationen in Schwerpunktregionen gemäß internationaler Strategie des BM.I
WZ 1	Beibehaltung des hohen Niveaus der internationalen Vernetzung und des grenzüberschreitenden Sicherheitsmanagements	Anzahl laufender und novellierter Kooperationen Österreichs mit Staaten der EU, Drittstaaten und internationalen Organisationen



Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Kennzahl / Meilenstein
WZ 1	Beibehaltung des hohen Niveaus der internationalen Vernetzung und des grenzüberschreitenden Sicherheitsmanagements	Verbindungsbeamter in Islamabad
WZ 5	Erhöhung der Praxisorientierung in Aus- und Fortbildung für Bedienstete des BM.I zur weiteren Professionalisierung der Leistungserbringung	Bewertung Praxisorientierung durch AbsolventInnen Kurse der Sicherheitsakademie für Grundausbildungen und berufliche Weiterbildung
WZ 5	Erhöhung der Praxisorientierung in Aus- und Fortbildung für Bedienstete des BM.I zur weiteren Professionalisierung der Leistungserbringung	Bewertung Praxistauglichkeit Kurse der Sicherheitsakademie für Grundausbildungen und berufliche Weiterbildung seitens der Vorgesetzten
WZ 5	Konsolidierung der zentralen Arbeits- und Aufgabenorganisation	Anteil Kernleistungen an den Gesamtleistungen
WZ 5	Konsolidierung der zentralen Arbeits- und Aufgabenorganisation	Anteil von Steuerungsleistungen an den operativen Leistungen
<b>Globalbudget 11.02 Sicherheit</b>		
WZ 1	Bekämpfung der Kriminalität insbesondere durch Optimierung der Tatortarbeit und bedarfsorientierte sichtbare polizeiliche Präsenz.	»Kriminalstatistik Neu«
WZ 1	Bekämpfung der Kriminalität insbesondere durch Optimierung der Tatortarbeit und bedarfsorientierte sichtbare polizeiliche Präsenz.	»Moderne Polizei« (Projekt): Erarbeitung Konzept zur Bürokratieentlastung
WZ 1	Bekämpfung der Kriminalität insbesondere durch Optimierung der Tatortarbeit und bedarfsorientierte sichtbare polizeiliche Präsenz.	Brauchbarkeit der ausgewerteten DNA-Spuren bei den Delikten »Diebstahl durch Einbruch oder mit Waffen«, »Raub« und »Schwerer Raub«
WZ 1	Bekämpfung der Kriminalität insbesondere durch Optimierung der Tatortarbeit und bedarfsorientierte sichtbare polizeiliche Präsenz.	Brauchbarkeit gesicherte daktyloskopische Spuren bei Delikten »Diebstahl durch Einbruch oder mit Waffen«, »Raub« und »Schwerer Raub«
WZ 1	Bekämpfung der Kriminalität insbesondere durch Optimierung der Tatortarbeit und bedarfsorientierte sichtbare polizeiliche Präsenz.	Summe der für Fußstreifen und verkehrs- und fremdenpolizeiliche Kontrollen verwendeten Arbeitsstunden

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Kennzahl / Meilenstein
WZ 1	Intensivierung der Bekämpfung von Cyberkriminalität	»Cybercrime-Competence-Center« (C4) (Projekt)
WZ 1	Intensivierung der Bekämpfung von Cyberkriminalität	Cybercrimespezialisten in den Regionen
WZ 3	Effektive und zielgruppenorientierte Maßnahmen der Gewaltprävention werden mit Fokus »Gewalt gegen Frauen« umgesetzt 	Anzahl Präventionsveranstaltungen mit Fokus »Gewalt gegen Frauen«
WZ 3	Schutz der Risikogruppen (Minderjährige, SeniorInnen) vor Gewalt 	Anzahl (neuer) Kinderpolizistinnen und – polizisten
WZ 3	Schutz der Risikogruppen (Minderjährige, SeniorInnen) vor Gewalt 	Anzahl spezifischer Präventionsveranstaltungen mit Fokus »Gewalt gegen Minderjährige und ältere Menschen«
WZ 3	Schutz der Risikogruppen (Minderjährige, SeniorInnen) vor Gewalt 	Anzahl Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Präventionsveranstaltungen für »Ältere Menschen«
WZ 4	Miteinbeziehung der Zivilgesellschaft in die Gestaltung der Inneren Sicherheit	Ausbildung von Sicherheitsbürgerinnen und Sicherheitsbürgern
WZ 4	Miteinbeziehung der Zivilgesellschaft in die Gestaltung der Inneren Sicherheit	Polizei.Macht. Menschen.Rechte
<b>Globalbudget 11.03 Recht/Asyl/Migration</b>		
WZ 2	Asylmissbrauch noch weiter zurückdrängen	Anteil im Zuge des Missbrauchscontrollings identifizierten Leistungsmissbrauchsfälle an durchschnittlicher Anzahl grundversorgter Personen
WZ 2	Asylmissbrauch noch weiter zurückdrängen	Dauer Asylverfahren bei negativen inhaltlichen Entscheidungen der I. Instanz betreffend Personen aus sicheren Herkunftsstaaten

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Kennzahl / Meilenstein
WZ 2	Bedarfsorientierung bei Migration weiter erhöhen	Anteil ausgestellte »Rot- Weiß-Rot – Karten plus«, an der Anzahl ausgegebenen »Rot- Weiß-Rot – Karten«
WZ 2	Fremdenrechtliche Maßnahmen zielgerichtet gestalten	Anzahl der freiwilligen Rückkehren
WZ 2	Vollzug Asylwesen weiter optimieren	Anzahl der Ausbildungsveranstaltungen BFA
WZ 2	Vollzug Asylwesen weiter optimieren	Durchschnittliche Anzahl der Versorgungstage aller zu einem Stichtag grundversorgten Personen
WZ 2	Vollzug Asylwesen weiter optimieren	Durchschnittliche Dauer kombiniertes Asylverfahren
<b>Globalbudget 11.04 Services/Kontrolle</b>		
WZ 4	Optimierung und Entwicklung zeitgemäßer Zugangsmöglichkeiten zu den Leistungen des BM.I für BürgerInnen	»Zentrales Personenstandsregister« (ZPR) (Projekt)
WZ 4	Optimierung und Entwicklung zeitgemäßer Zugangsmöglichkeiten zu den Leistungen des BM.I für BürgerInnen	Anzahl Businesskundinnen und -kunden des Zentralen Melderegisters
WZ 5	Ressourcenbereitstellung bedarfsgerecht gestalten	Fuhrpark: Durchschnittliche Kosten pro gefahrenem Kilometer
WZ 5	Technologie des BM.I effizient und nachhaltig gestalten	Durchschnittliche Betriebskosten je PC
WZ 5	Technologie des BM.I effizient und nachhaltig gestalten	Verfügbarkeit der zentralen Fahndungssysteme

